Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen: in Berlin: Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube & Co., Invalidendank, Annoncen-Expedition, Invalidenstr. 48. — Breslau: Schlesische Zeitung. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Bureau. — Leipzig: Haasenstein & Vogler. — Stettin: S. Salomon. — Wien: A. Opelik, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Delamar Ann., Spuistraat 184. — Frankreich: G. L. Daube & Co. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: G. L. Daube & Co. in London, 30 Fleet Street. — Polen und Russland: Rajchmann & Frendler in Warschau, Senatorengasse 29.

Nr. 316. **Berlin, Freitag den 10. Juli 1885, Abends.** **24. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen sämmtliche **Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an dieser **Berlin 48. SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.** **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 10. Juli.

In welcher Weise von Seiten der katholischen Geistlichkeit die Polonisirung der Deutschen betrieben wird, und wie nothwendig es für die Regierung ist, sich dagegen mit Entschiedenheit zu wehren, dafür liefert ein uns aus Westpreußen zugehender Bericht über eine am 18. Juni d. J. in Putzig, Kreis Neustadt, abgehaltene polnisch-katholische Volksversammlung einen schlagenden Beweis. Der Bericht lautet:

„Der seit mehr als 10 Jahren im Kreise Neustadt, Westpreußen, als polnischer Agitator thätige Pfarrer Baczkowski-Mechau hatte zu heute eine Volksversammlung nach Putzig berufen, die von 75 Personen, darunter katholische Deutsche, die kein Wort polnisch sprechen, besucht war. Da die Versammlung vorzugsweise von Personen aus den Parochieen Mechau, Zarnowitz, Starzyn 2c. besucht war, so muß die Einladung an der Versammlung auch von der Kanzel erfolgt sein, weil in diesen Parochieen polnische Blätter nicht viel gelesen werden. Pfarrer Baczkowski, der mit dem Pfarrer v. Lubolka-Zarnowitz erschienen war, eröffnete gleich nach 4 Uhr Nachmittags die Versammlung. Er erklärte dann, daß „für uns Polen und Katholiken" die Feier des Todestages des heiligen Methodius eine heilige Pflicht sei. Er schlug dann vor, einen Vorsitzenden zu wählen; Witek Sikorski-Berlin brachte den Pfarrer Baczkowski in den Vorschlag; dieser bekleidete natürlich auch, nachdem zu Beisitzern den Arzt Dr. Kikut-Putzig, den Schankwirth Hildebrandt-Mechau, den Ackerbürger Georg Buschkowski-Putzig und zum Schriftführer den Pfarrer von Lucholka. Hierauf begann Baczkowski seine Rede mit Vincent Pola's Gedicht „Kennst Du, junger Mann, Dein Land 2c." Er lies sich dann darüber aus, daß in Europa nur drei Völkerfamilien lebten; zur romanischen gehöre auch Elsaß-Lothringen; zu der slawischen die Russischen, Serben 2c., die letztere Völkerfamilie zähle 90 Millionen Seelen. Das Alles lehre man nicht in der Schule, dort unterrichte man nur patriotische Geographie, daher „konnte Ihr auch nicht wissen, daß Eure Familie so groß ist." — Der Katholiken seien 200 Millionen. Der Papst, der da sah, daß die Macht Deutschlands so riesig zunehme, empfahl, weil Rußland die katholische Religion knechten wolle, den Slawen sich zu sammeln, erließ eine besondere Encyklika und prophezeite den Slawen, daß ihnen die Zukunft gehören werde. Aus Dankbarkeit unternahmen die Slawen im Jahre 1881 die Pilgerfahrt nach Rom, um dem heiligen Vater für die große Gnade, die er den Slawen erwies, zu danken. Jetzt feiere man den großen Slawenapostel in Welehrad. Dort lägen alle slawischen Zeitungen aus, auch der „Pielgrzym", der „Przyjaciel ludu", nur keine deutsche Zeitung. — In 10 westlichen slawischen Ländern wären freilich deutsche Missionare gekommen, aber sie wollten weltliche Eroberungen machen, wie die Bischöfe von Salzburg, Passau und Freising, verfuhren barbarisch mit den Slawen, nahmen ihnen die Sprache, wie dat auch heute geschieht, und diese Bischöfe verklagten den Cyrillus und Methodius bei den heiligen Vater, daß jene dem Volke nicht den wahren Glauben lehrten. Die Apostel gingen dann nach Rom, verthedigten sich und der Papst ernannte sie, weil er sie so gern hörte, zu Bischöfen und gestattete ihnen den Gebrauch der slawischen Sprache bei der Messe 2c. Diesen beiden Aposteln verdanken die Polen den katholischen Glauben, welcher dann den Kassuben durch den polnischen König gebracht wurde. Wenn die Kassuben diesen Aposteln nicht dankbar sein wollten, wären sie ärger wie die Hunde. — Baczkowski theilte dann mit, daß er sich an der Pilgerfahrt nach Welehrad betheiligen werde. Für einen Vertreter am 5. Juli cr. habe er jedoch gesorgt, und die Methodius-Feier werde in seiner Parochie nicht ausfallen. Der Schankwirth Schloß aus Schmolin, ein früherer Bettelmönch im Kloster zu Neustadt, späterer Insurgent und Sensenbruder des in Grzywna, Kreis Thorn, angestellten Hülfsgeistlichen Anton Wisniewski, der sechs Jahre in Sibirien verbracht hat, später am Progymnasium in Berent wirkte, und der sich jetzt um die Pfarrstelle in Grzywna bewirbt und sich in dieser Beziehung den Gutsbesitzer C. v. Czarlinski-Bruchnowko wirken läßt, theilte mit, daß in einer Versammlung in Pelplin, an der er theilgenommen habe, beschlossen worden sei, eine rothe Fahne als Geschenk nach Welehrad zu senden, und daß der Pfarrer Murawski-Klonowken die Pilger leiten werde. Pfarrer Baczkowski machte hierauf die Mittheilung, es werde eine Sammlung zu den Kosten für die Anschaffung der Bücher, der Fahne 2c. erfolgen. Wer etwas für diesen Zweck beisteuern wolle, solle dies dem Pfarrer v. Lubolka einhändigen. Darauf verlas er die päpstliche Encyklika und empfahl den Tag zur Feier in den Parochieen die Feier in der Weise zu begehen, daß man eine Messe beselle, die Kirche ausschmücke und mit allen Angehörigen dem Gottesdienste beiwohne; wo es möglich sei, solle man die Häuser illuminiren, sich dann an den Kreuzen an den Straßen versammeln, den Rosenkranz beten, sich ruhig verhalten und keinen Lärm machen, denn da gewisse Leute „auf Alles blicken", könnte man Unannehmlichkeiten haben. — Dann sprang Baczkowski auf die Schulbrage über. Als der Amtsrichter Spahn im Abgeordnetenhause über das Unterrichten (tuczenia, rassey szgiupienia) oder besser Verdummen in der Schule gesprochen, habe der Minister v. Goßler gesagt: „Bah, ich weiß nichts von Klagen; ich habe ja nichts gehört!" Aus Machau sei stets eine Petition wegen der polnischen Unterrichtssprache abgegangen. Einmal sandte man die polnische Petition zurück und wollte sie in deutscher Sprache haben. Auch das sei geschehen. „Wenn Ihr damit einverstanden seid, daß wiederum eine Petition abgehe, worin man verlangen wird, daß man nicht ferner germanisire und verdumme (zuiemczyo i zlupio), so wird eine solche Petition abgesandt werden, damit dem Gedächtniß des Herrn Ministers zu Hülfe gekommen werde."

Natürlich war die Versammlung damit einverstanden und um 8 Uhr 10 Minuten wurde sie geschlossen. Dann vertheilte man die Chocieszewskische Broschüre „Das Leben der heiligen Brüder Cyrillus und Methodius, der Slaven-Apostel."

Die Handelskammer für Aachen und Burtscheid — der Bezirk derselben ist auf diese beiden Städte beschränkt und spricht sich die Kammer für Einbeziehung der Kreise Eupen, Montjoie und Malmedy, sowie des Landkreises Aachen in denselben aus — äußert in ihrem Jahresberichte pro 1884 über die allgemeine Lage, das vergangene Jahr sei „war sehr stark und bedeutend hinsichtlich der Produktion, aber durchschnitt seiner finanziellen Resultate weniger günstig als 1883" gewesen. Die Ursache des geringeren und weniger lohnenden finanziellen Resultates sei wohl hauptsächlich in der zu starken und großen Produktion und der dadurch verursachten Underbürung der Märkte und Hakenpläge zu suchen, in Folge deren naturgemäß die Nachfrage beschränkt und die Preise gedrückt worden seien. Daher sehe sich jeder Produzent nach neuen Absatzgebieten um, und sei daher unter diesen Umständen „es mit doppelt lebhafter Genugthuung zu begrüßen, daß der so lang gehegte Wunsch, neue Absatzgebiete für unseren Ueberschuß an Intelligenz und Kraft, an Kapital und Menschen zu gewinnen, endlich durch die energische und weise Politik des Reichskanzlers praktische Gestalt zu gewinnen begonnen hat. Unser Verlangen nach Kolonieen ist um so berechtigter, als jede Nation, die einen solchen Ueberschuß an Intelligenz und Kraft hat, dazu berufen ist, an der Erwerbung unkultivirter Länder thätigen Antheil zu nehmen, um sich auf diese Weise für ihre geistige und materielle Ueberproduktion besseren und lohnenderen Absatz zu verschaffen. Selbstredend wird jede Ausdehnung und jeder Ländererwerb große Anstrengungen und Geldopfer verursachen; nichts ist verkehrter, als die Meinung, daß derartige große und wichtige Unternehmungen mühelos ausgeführt werden oder von Anfang an schon rentiren könnten. Man wird sich vielmehr stets bewußt bleiben, daß jedes neue Unternehmen im Anfange große Kosten und Anstrengungen erfordert und nur erst im Laufe der Zeit die gebrachten Opfer durch reiche Erträge aufwiegen kann".

Der Bericht wendet sich dann den Wohlfahrtseinrichtungen für die arbeitenden Klassen zu und konstatirt, daß anerkanntermaßen in dieser Beziehr bisher ein sehr gutes Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Nehmern bestanden habe und keine Mißbräuche auf diesem Gebiete zu Tage getreten seien. Um so mehr halte die Handelskammer es für ihre Pflicht, vor einem Uebermaß einschränkender Bestimmungen zu warnen, das weder den Arbeitgebern, noch den Arbeitnehmern nützen könne. Die Kammer sagt: „Dies gilt zunächst für die zu Gunsten jugendlicher Arbeiter beabsichtigten Beschränkungen. Schon unter den jetzigen Bestimmungen leiden die hiesigen Streichgarnspinnereien sehr stark und sind nicht im Stande, mit Erfolg der gewaltigen Konkurrenz der belgischen Spinnereien — welche freie Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter haben — zu begegnen. Die absolute Durchführung der in der letzten Session periode des Reichstages eingebrachten Anträge würde die Lage noch verschlimmern und dadurch gerade die Arbeiter selbst schädigen. Noch bedenklicher würde eine zu weit gehende Beschränkung der Frauenarbeit auf unsere Arbeiterfamilien wirken und manche ehrliche und brave Familie an den Bettelstab bringen. Gerade die Frauen sind es, die durch ihr Beispiel in der Arbeiterkreise Fleiß, Sparsamkeit, Ordnungsliebe und Reinlichkeit hineinbringen und somit das Glück und die Gestittung der Familie begründen und erhalten. Ueberhaupt müssen wir uns dafür aussprechen, daß dem erwachsenen Arbeiter freie Selbstbestimmung über seine Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit gegönnt wird. Statt der Einschränkung und Bevormundung des Arbeiters sollte man vielmehr die Industrie und den Handel fördern, damit dieselben dauernd die Arbeiter vollauf beschäftigen und ihnen die Möglichkeit gewähren können, sich für schlechtere Zeiten und Konjunkturen einen selbsterworbenen Sparpfennig bei Seite zu legen, um nicht für solche Fälle gleich auf das Armenbudget angewiesen zu sein. Wird dieser Grundsatz verletzt und gar dem faulen Arbeiter dieselbe Unterstützung wie dem fleißigen zu Theil, so leidet nach unserer Ansicht nicht allein die Arbeitsfreudigkeit, sondern auch die Intelligenz und das Weiterstreben auch des fleißigen Arbeiters heruntergedrückt, und demselben der Ehrgeiz, für das Wohl seiner Familie zu schaffen und zu sparen, genommen werden. Wir sprechen daher den dringenden Wunsch aus, daß die Staatsregierung auf diesem Gebiete mit der größten Vorsicht und ohne Ueberstürzung zu Werke gehen möge."

Die Berichte über die einzelnen Branchen lauten theils befriedigend, theils weniger günstig; soweit darüber Mittheilungen vorliegen, haben einzelne Betriebsweise Arbeitseinschränkungen eintreten lassen, doch im Ganzen in nur geringem Umfange; die Beschäftigung konnte, nach der Ehrlichkeit wird sogar über Steigerung derselben berichtet. Von Interesse dürfte sein, daß trotz nicht günstiger Situation der Streichgarnspinnereien und trotzdem sich in der Tuchfabrikation der Uebergang von der Hand- zur mechanischen Weberei mehr und mehr vollzieht — nach der Berichtsjahre wurden circa 400 mechanische Stühle mehr aufgestellt — die Wollenindustrie des Regierungsbezirks cpl. der Hausindustrie 1884 in 221 Etablissements 18 139 Arbeiter gegen nur 14 721 im Jahre 1880, also 3418 mehr beschäftigten konnte.

Im „Standard" vom 6. d. Mts. lesen wir nachstehenden Artikel des Berliner Korrespondenten dieses Blattes:

„Die erste Erfahrung, welche China bei seinen Bestellungen von Panzerschiffen in Deutschland gemacht hat, ist so ausgefallen, daß es wohl schwerlich solche Experimente in Bälde wiederholen dürfte.

Die drei Schiffe, welche in vergangener Woche den Kieler Hafen verlassen haben, und unter deutscher Flagge nach China segeln, wurden vor einigen Jahren in Deutschland bestellt und werden schließlich den Ort ihrer Bestimmung post festum erreichen. Dieselben sollten in China abgeliefert werden vor dem Ausbruche des jüngsten Krieges mit Frankreich, in welchem ihre Mitwirkung dringend nothwendig war und ihr Ausbleiben deshalb um so härter empfunden wurde. Wegen des zurückgebliebenen Entwickelungszustandes der Schiffsbau-Industrie in Deutschland und wegen der Weise der Schiffsbauten wurden besagte Schiffe gerade zeitig genug fertig, um „zu spät an ihrem Bestimmungsorte einzutreffen". Die Schiffe konnten vor dem Ausbruche des Krieges nicht nach Ostasien segeln und mußten demgemäß zwei derselben während der ganzen Dauer des Krieges unthätig und verkostend in den Deutschen Häfen liegen bleiben.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein leitendes Blatt, wie der „Standard, seine Spalten einem Artikel öffnet, welcher so maßlose und unbegründete Beschuldigungen der deutschen Industrie ins Gesicht schleudert. In eine Widerlegung derselben einzutreten, verlohnt sich wirklich nicht der Mühe, da solche Elaborate nachgerade zu ständigen Artikeln in der englischen Presse geworden sind. Eins möchten wir aber den Wettern jenseits des Kanals doch zu bedenken geben, daß die deutsche Industrie heute mit vollem Erfolge in den internationalen Wettbewerb eingetreten ist, und daß deshalb solche Schmähartikel unzufriedener Engländer, welche, hervorragenden Leistungen Anderer gegenüber, sich noch immer die Augen verschließen, bei anderen Nationen nicht mehr verfangen werden. Im Uebrigen können wir konstatiren, daß Kriegsschiffe der in Frage stehenden Größe noch niemals in England in so kurzer Zeit fertig gestellt worden sind, wie dies bei den für China in Deutschland erbauten Schiffen der Fall ist.

Nach Mittheilung der „Germania" haben an der **Konferenz ultramontaner Sozialpolitiker** zu Kleinheubach Theil genommen: Fürst Loewenstein und Baron v. Los als Vorsitzende, Dr. Hasner (Mainz) als Sekretair, Fürst Isenburg, Domkapitular Bahr und Dr. Jäger aus Speier, Mitgl. Knab (Wien), Graf Kuefstein (St. Poelten), Baron Dal (Darmstadt), Frhr. v. Hertling und Schlesinger (Wertheim), Pfarrer Haus (Woerth), Prof. Dr. v. Schindler (Leitmeritz). Schriftliche Referate lagen vor von Dr. Steinle (Frankfurt) und Dr. von Schindler zur Versicherungsfrage, Gutachten und Anträge von Graf Segur, Frhr. v. Los, Graf Bloome, mit Referaten darüber des Frhrn. von Wambold und des Dr. Haffner, betreffend die Arbeiterschutzgesetzgebung. Ueber die Beschlüsse erhält die „Germania" von ihr befreundeter Seite einen Bericht, nach welchem über die Sonn- und Feiertagsfeiertag beschlossen worden:

„Da die auf göttlichem bezw. kirchlichem Gebote beruhende Pflicht der Heiligthaltung der Sonn- und Feiertage in ihrer Bedeutung für das geistige und leibliche Wohl der Einzelnen, wie für das Gedeihen der Gesellschaft, nicht überall genügend beachtet wird, so erklärt die freie Vereinigung katholischer Sozialpolitiker für geboten, durch Rede und Schrift, insbesondere durch Einwirkung auf die gesetzgebenden Faktoren eifrigst darauf hinzuwirken, daß die Sonn- und Feiertagsruhe gesetzlich geregelt und damit Allen, insbesondere den arbeitenden Klassen, die Heiligung der Sonn- und Feiertage ermöglicht werde."

Die bezüglich der Versicherungsfrage mit besonderer Rücksicht auf theilweise oder gänzliche Erwerbslosigkeit gefaßten Beschlüsse laufen darauf hinaus, das Vorgehen für die Zukunft durch Versicherung angezeigt erscheint, es generell aber nicht Aufgabe des Staates sei, solche zu regeln, am wenigsten zwangsweise. Mit Rücksicht auf die derzeitige atomisirte Gesellschaft dürfe jedoch der Staat durch Zwangsrecht die praktische Durchführung solcher Versicherung für die ganz oder theilweise erwerbslose Zukunft ganzer Erwerbsgruppen erzwingen, und zwar nach Maßgabe einer Reihe in den Beschlüssen formulirter Momente.

Außerdem wurde betreffs internationaler Verständigung über die Arbeiterschutz-Gesetzgebung folgende Resolution beschlossen:

In Erwägung:

I. daß die Ordnung der Arbeits- und Wirthschaftsverhältnisse, welche als naturrechtlich und wirthschaftlich bezeichnete Aufgabe des Staates sich darstellt, überhaupt, ganz besonders aber unter den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen durch die Gesetzgebung der einzelnen Staaten für sich allein nicht genügend bewirkt werden kann;

II. daß eine Verständigung und Vereinbarung der unter sich in Verkehr stehenden Staaten über die bei der Ordnung der Arbeits- und Wirthschaftsverhältnisse zu betrachtenden Grundsätze, Ziele und Maßregeln an und für sich der Natur der christlichen Gesellschaft entspricht; daß solche auch in früheren Jahrhunderten unter dem Einfluß der Kirche und ihres Oberhauptes zum Segen der menschlichen Gesellschaft thatsächlich bestanden hat und eine ähnliche Verständigung und Vereinbarung zur Wahrung allgemeinen Interessen der Zivilisation auch in jüngster Zeit mit Erfolg erstrebt wurde;

III. daß eine solche Verständigung und Vereinbarung in der Gegenwart besonders nützlich und in gewisser Beziehung nothwendig erscheint, um unnöthe zu thun jene verderblichen Schau der Arbeiter erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen (betr. die Sonntagsruhe, den Maximalarbeitstag, die Frauen-, Kinder- und Nachtarbeit, die Arbeiterversicherung u. s. w.) wirksam durchzuführen;

b) um ferner die gesetzlichkeitliche Ordnung der Produktion und des Verkehrs und Handels in gemeinsamen internationalen Interesse, soweit möglich, zu schützen: a) um endlich die gesetzlichkeitliche Ordnung überhaupt zu sichern, die Reorganisation der Gesellschaft auf Grundlage korporativer Institutionen zu fördern und die Wiederherstellung der christlichen Weltordnung anzubahnen:

erachtet die freie Vereinigung katholischer Sozialpolitiker für wünschenswerth, daß die Angehörigen der verschiedenen Gesellschaftsgruppen, namentlich die berufenen Vertreter ihrer Interessen, für internationale Verständigung über Arbeits- und Wirthschaftsgesetzgebung — wenn möglich auf Kongressen — mit allen erlaubten Mitteln eintreten, sowie auch, daß die Staatsregierungen durch internationale Verträge die der Natur der christlichen Gesellschaft entsprechenden Grundsätze feststellen, nach welchen sie in ihren Staaten die Arbeits- und Wirthschaftsverhältnisse gesetzlich zu ordnen sich verpflichten.

Da abzuwarten bleibt, wie sich die Generalversammlung deutscher Katholiken, als Auftraggeberin der Konferenz, zu diesen Beschlüssen verhalten wird, dürfte es wohl angezeigt sein, in eine Diskussion über den Inhalt derselben erst nach der diesjährigen Generalversammlung einzutreten.

Rundschau im Auslande.

Die auswärtige Politik **Englands** in Egypten scheint an dem derzeitigen status quo vorderhand nichts ändern zu wollen, was auch sehr begreiflich ist, da die Jahreszeit sich jeder energischeren Aktion hindernd in den Weg stellt. Dagegen ist die Eventualität einer Wiederaufnahme militairischer Operationen zum Herbste keineswegs so ohne Weiteres abzuweisen, vorausgesetzt, daß das Ergebniß der Parlamentsneuwahlen zu Gunsten des Kabinets ausfällt. Ueber den Stand der englisch-russischen Verhandlungen hört man nichts Bestimmtes verlautbaren; ein indirektes Streiflicht auf die Situation wirft eine Konstantinopeler Depesche vom 4. d. M., der zufolge die Arbeiten zur Befestigung des Bosporus eingestellt worden sind, da man überzeugt ist, daß alle Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen England und Rußland beseitigt sei.

Die **niederländische** Zweite Kammer hat sich bis Mitte September vertagt. Das Ergebniß der abgelaufenen Sitzungsperiode ist äußerst dürftig; außer der Abänderung eines Artikels des Grundgesetzes, der Regelung der Staatslotterie und der mit unsäglicher Mühe zu Stande gekommenen Bestimmungen über das finanzielle Verhältniß zwischen Staat und Gemeinden hat die Volksvertretung wenig geleistet, man müßte denn die Verwerfung zahlreicher Regierungsvorlagen, Bescheidungen des Budgets und heftige Parteireden für wirkliche Erfolge ausgeben wollen. Und dennoch darf man bei den augenblicklichen Zusammensetzung der Kammer, wo die Parteien einander so ziemlich die Wage halten, mit dem Erreichten zufrieden sein. Auffallend ist es der „Köln. Ztg.", daß die Kammer den Kolonialministerium in Ruhe gelassen hat; denn am 19. Juni hätten sich eine Anzahl Amsterdamer Großhändler und Rheder, sowie die Handelskammer von Rotterdam in Adressen an den Minister gewandt mit der Bitte, den darnieder liegenden Landbau in Indien einiger Aufmerksamkeit zu würdigen. Wahrscheinlich werde die Regierung mit einem Gesetzentwurf über Abschaffung der Ausfuhrzölle, namentlich auf Zucker, antworten, die unthätige Haltung der Volksvertretung sei aber jedenfalls wieder ein Beweis dafür, daß sie keineswegs die Absicht habe, der Regierung das Leben sauer zu machen.

Aus Madagascar eingetroffene Nachrichten lauten für den Stand der **französischen** Okkupation sehr unbefriedigend. Es sind dringende Verstärkungen nöthig, weil Admiral Miots Truppen von dem Hovas sehr bedrängt werden. Dieselben müssen sich schon seit längerer Zeit auf die Vertheidigung beschränken. 700 Mann, welche Farnaka gesichert worden waren, sind auf 150 Mann zusammengeschmolzen. Drei Kompagnieen Infanterie und eine Kompagnie Marinefüsiliere werden im Fort von Majunga von 12,000 mit Hinterladern bewaffneten Hovas belagert.

Die **spanischen** Blätter aller Richtungen sind über das Erscheinen der marokkanischen Gesandtschaft in Paris sehr bestürzt und geben ihren Gefühlen und Vermuthungen rückhaltlos Ausdruck. Sie sind der Ansicht, daß Frankreich, welches seit drei Jahren in Marokko intrigiure, auf diese Weise die von ihm vorgeschlagene „Grenzregulirung" zwischen Marokko und Algerien zugebilligt erhalten werde, welche in der That eine Erweiterung der französischen Kolonie in Nordafrika um 800 Meilen ostwärts bedeute und Frankreich eine strategische Position gewähre, die ihm eine schnelle und widerstandslose Okkupation Marokkos sichere. Das von den Franzosen beanspruchte Gebiet beherrsche den wichtigen Wüstenweg zwischen Figuig und Tafilelh und enthalte außerdem fast alle Oasen jenseits des Atlas. Spanien solle auf der Hut sein, damit nicht seine seit Jahrhunderten mit vielem Eifer und großem Kostenaufwand unterhaltenen Küstenplätze in Nordafrika durch eine französische Okkupation Marokkos werthlos würden.

Ein kräftigerer Anlauf der spanischen Kolonialpolitik erscheint unter solchen Umständen ziemlich naheliegend. In den offiziellen Madrider Kreisen heißt es denn auch, daß die spanische Regierung den auswärtigen Regierungen offiziell ihre Absicht eröffnen werde, alle Faktoreien, welche in den an der Westküste Afrikas zwischen den Kaps Bojador und Blanco okkupirten Gebieten, in Aequatorialafrika an den Ufern des Mumifluses und an anderen Orten von der afrikanischen Gesellschaft und anderen kapitilischen Handelskompagnieen errichtet worden sind, unter ihr Protektorat zu nehmen. Bereits hat eine Faktorei am Goldfluße eine spanische Garnison erhalten und mehrere Kanonenboote sind nach der westafrikanischen Küste abgegangen.

In **Italien** bleibt man dabei, dem rekonstruirten Ministerium Depretis nur einen provisorischen Charakter zuzugestehen. Wie lange dieses Provisorium dauern wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht voraussagen. Konjekturalpolitiker nehmen an, die definitive Lösung der ausgebrochenen Ministerkrisse und die Rekonstruirung des neuen Kabinets auf breiter Grundbasis werde erst im November, d. h. nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten, erfolgen; dann aber dürfte der Rekonstruirung des Kabinets die Auflösung der gegenwärtigen Kammer und der Appell an das Land vorausgehen. Bestimmtes läßt sich aber gegenwärtig noch nicht voraussagen; keinesfalls jedoch dürfte das gegenwärtige Provisorium länger als bis nach Wiedereröffnung der Kammer dauern.

Das „Diritto" bricht wieder einmal in der ihm eigenen Art und Weise eine Gelegenheit vom Zaun, gegen die „Nordd. Allg. Ztg." zu polemisiren, weil ihm eine, auf den eventuellen Bau eines eigenen italienischen Botschaftshotels in Berlin bezügliche Zeitungsnotiz nicht paßt, die von der „Nordd. Allg. Ztg." ausdrücklich als aus anderen Blättern entnommen bezeichnet war. Die üblen Erfahrungen, welche dem „Diritto" schon wiederholt aus seinem blinden Dreinfahren erwachsen sind, scheinen dies Blatt nicht behutsamer gemacht zu haben.

In seiner Dienstagssitzung hat der **schweizerische** Bundesrath den Bericht über die Anarchisten-Enquete genehmigt und dessen Druckgebung beschlossen. Der Bericht wird an die eidgenössischen Räthe und an die Kantone vertheilt werden.

Oesterreichischen Blättermeldungen zufolge unterliegt es kaum mehr einem Zweifel, daß das neue Abgeordnetenhaus im September zu einer kurzen Session zusammentreten werde. Im Oktober werden die Delegationen zusammentreten und im November die meisten Landtage. Aus Anlaß der bevorstehenden parlamentarischen Kampagne soll, wie mehrere Blätter zu berichten wissen, in Wien demnächst eine Parteikonferenz der Führer der Rechten stattfinden.

An dem Ausbau des **serbischen** Eisenbahnnetzes wird eifrig gearbeitet, namentlich ist die Sektion Nisch-Wranja ziemlich weit vorgeschritten und der Unterbau derselben bis an das Defile von Djepp ziemlich fertig; letzteres bietet vermöge des gebirgigen Terrains manche Schwierigkeiten, die aber zum größten Theil durch Tunnel- und Kunstbauten bereits überwunden sind; die Strecke Nisch-Leskovac, welche durch eine wohlgebaute fruchtbare Gegend führt, ist bereits in betriebsfähigem Zustand und fehlt nur mehr ein kleiner Theil der Hochbauten, die aber — nachdem an deren Fertigstellung eifrig gearbeitet wird — in einigen Wochen vollendet sein werden, so daß die Betriebseröffnung derselben bis zum Beginn der Herbstkampagne in Aussicht steht. Der restliche Theil bis Wranja, respektive bis an die türkische Grenze, soll in den ersten Monaten des nächsten Jahres dem Betriebe übergeben werden, weil man hofft, daß bis dahin auch die verhältnißmäßig kurze Verbindungsstrecke auf türkischem Territorium, die in baulicher Hinsicht leicht zu bewältigen ist, auch bereits ausgebaut und damit der Schienenweg nach Salonich dem Verkehr dienstbar zu machen sein wird. In Serbien wünscht man natürlich das je raschere Zustandekommen dieser Linie, durch welche das Land nicht nur einen neuen Wechselverkehr gewinnt, sondern auch thatsächlich am internationalen Transito-Güteraustausch partizipiren wird. Die Arbeiten an der Strecke Nisch-Pirot-bulgarische Grenze sollen, wie man dem „P. L." aus Belgrad meldet, demnächst in Angriff genommen werden. Trotzdem an dieser Stelle sich wegen des Gebirgsterrains der Bauausführung manche Schwierigkeiten entgegenstellen, so ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß auch diese Linie zu dem in Aussicht genommenen Termin (im Laufe des nächsten Jahres) dem Betriebe wird übergeben werden können.

Wie verlautet, ist zwischen der **Pforte** und **Rumänien** ein Einvernehmen wegen Beglechung der Jahresraten der von Rumänien für den Unterhalt der türkischen Gefangenen im letzten Kriege beanspruchten Indemnität erzielt worden. Die Pforte hat jedoch andererseits erklärt, daß sie auf die endliche Regelung der noch aus den Hospodar-Zeiten schwebenden Tributfrage bringen werde.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König setzt seinen Kurgebrauch in Bad Ems ununterbrochen mit dem günstigsten Erfolge fort und erlebigt auch täglich nach der Rückkehr von seinen Brunnenpromenaden die laufenden Regierungsgeschäfte. — An dem gestrigen Diner bei Sr. Majestät nahmen außer dem Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt, dem Fürsten und der Fürstin zu Wied und dem General v. Stosch noch Prinz Nikolaus von Nassau, die Gräfin Fürstenberg und der Fürst Urussow Theil. — Am Nachmittage konferirte Se. Majestät der Kaiser dann noch längere Zeit mit dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, Wirkl. Geh. Legationsrath v. Bülow. Später, nach einer Ausfahrt, sah Se. Majestät der Kaiser einige distinguirte Personen als Gäste bei sich zur Tafel. Um 7 Uhr 20 Min. Abends geleitete Se. Majestät den Fürsten und die Fürstin zu Wied zum Bahnhofe, machte hierauf eine Spazierfahrt und besuchte dann das Theater. An die heutige Frühtour schloß sich eine Promenade von 9 bis 10 Uhr und hieran eine Spazierfahrt. Mittags nahm der Kaiser wieder mehrere Vorträge entgegen. — Die Abreise Sr. Majestät nach Koblenz soll vorläufig auf den 14. d. M. Nachmittags festgesetzt sein.

* Ihre kaiserl. und königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin nebst der Prinzessin-Tochter Victoria trafen von ihrer Reise nach Bolzenburg gestern Abend 8 Uhr über Angermünde auf dem hiesigen Stettiner Bahnhofe wieder in Berlin ein und unternahmen nach erfolgter Ankunft hierselbst noch eine kurze Spazierfahrt durch den Thiergarten, worauf dann gegen 9 Uhr vom hiesigen Potsdamer Bahnhofe aus die Weiterreise nach Potsdam, bezüglich Sanssouci nach der Wildparkstation und von dort nach dem Neuen Palais erfolgte.

* Der kaiserlich deutsche Gesandte in Brüssel Graf v. Brandenburg ist heute, von Frankfurt kommend, in Berlin eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen.

* Der Botschafter Oesterreich-Ungarns am kaiserlich russischen Hofe, Graf Wolkenstein-